

Was ist los mit der Bundeswehr? – Wie kann es weitergehen? Handzettel für die aktuelle Diskussion.

- Der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) brachte die Sache auf den Punkt: „Ohne Sicherheit ist alles nichts!“. Äußere Sicherheit gehört ebenso zur Daseinsvorsorge wie Fragen der Rente, Bildung, Kinderbetreuung, Infrastruktur und Gesundheit. **Deshalb sollten diese Fragen regelmäßig im Parlament Gegenstand der Debatte und Kontroverse sein.** Das geschieht bei uns zu wenig. Sicherheitspolitik darf sich nicht auf das Management von Skandalen und Ausrüstungsdefiziten beschränken.
- Das öffentliche **Dauerlamento über mangelnde Einsatzbereitschaft des Geräts** in der Bundeswehr untergräbt das Ansehen der Bundeswehr und die Verteidigungsbereitschaft, wenn die berechtigten Klagen nicht mit einem **Diskurs über mögliche Auswege, Maßnahmen und Alternativen** verbunden werden.
- Es wäre ungerecht, die desolante Lage der Bundeswehr, wie sie sich in den Medien spiegelt, allein der Truppe anzulasten. **Hauptverantwortung tragen Politiker und Parlamentarier, die immer die Grundsatzentscheidungen für Strukturen und Ressourcen getroffen haben.** Der militärischen Führung ist anzulasten, grundlegende Bedenken nicht entschlossen vorgetragen zu haben. In der Ära Struck und Jung wurde der Paradigmenwechsel zu Auslandseinsätzen konsequent umgesetzt und noch vorhandene Strukturen zur Landes- und Bündnisverteidigung aus früheren Jahren abgebaut. Unter dem Eindruck der Finanzkrise sagte Minister Guttenberg große Sparleistungen seines Ressorts zu, die sein Nachfolger de Maizière in die jetzt noch gültige Struktur umsetzte. Die unzureichende Ausstattung mit Gerät und Vorräten wurde bewusst in Kauf genommen und war Teil des Konzepts. Die Inspektoren der Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche haben diese Vorgaben ohne sichtbare Widerstände akzeptiert. Dies geschah, obwohl die Sicherheitslage in Europa sich seit 2008 verschlechterte und die NATO mit Zustimmung der Bundesregierung eine Neubewertung der Bündnisverteidigung vorgenommen hatte. Die ehemalige Ministerin von der Leyen hat sich um eine Trendwende bemüht, allerdings auch viel publizistischen Aufwand für nachrangige Themen, wie Attraktivitätssteigerung und Traditionspflege, betrieben, was von der eigentlichen Schwerpunktaufgabe der Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit ablenkte.
- In die Verantwortung der Politik fiel die **überoptimistische, aber populäre Fehlbewertung der sicherheitspolitischen Lage in Europa**, in der man sich „von Freunden umzingelt“ wähnte, eifertig die Fähigkeiten zur Verteidigung abbaute und sich nur noch dem Krisenmanagement an der Peripherie verpflichten wollte. Die vernachlässigte Verteidigungsfähigkeit muss nun mühsam wiedererworben und finanziert werden.
- **Primat der Politik** bedeutet auch eine Verpflichtung, alle Aspekte einer Entscheidung nach politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen, moralischen und auch militärischen Gesichtspunkten mit Sachargumenten und Blick auf die Zukunft abzuwägen und nicht nur auf Stimmungen zu schießen, die sehr schnell umschlagen können. Vor allem sollte sie nicht auf einen Primat der Politiker beim Anspruch auf Wahrheiten verengt werden. Um Entscheidungen ohne fachkundige Beratung allein zu treffen, dürfte vielen Mandatsträgern schlichtweg die Kompetenz fehlen.
- Bei der Wahrnehmung dieses Primats wäre zu wünschen, dass sich hier **alle Ressorts** und auch **die Kanzlerin** mit ihrer Richtlinienkompetenz **wie auch das Parlament engagierter einbringen.** Da militärische Themen und Entscheidungen in der Bundesrepublik sehr unpopulär sind, meidet man diese Fragen.
- Viele **sicherheitspolitische Dokumente** verlieren sich in **unverbindlichen Zielvorgaben und Erörterungen**, ohne klare Fakten, Ressourcen und nachprüfbar Maßnahmen zu nennen, welche die Bürger auch verstehen.

● **Publizität hat oft einen höheren Stellenwert als die sachliche Information.** Bei der Aufstellung des neuen Organisationsbereichs für den Cyber- und Informationsraum ließ man die Öffentlichkeit unter dem Eindruck der Magie des Zauberwortes „Cyber“ in dem Glauben, künftig würden sich Tausende von Soldaten nur noch dem Schutz gegenüber den Risiken für eine vernetzte Gesellschaft widmen. Dabei handelt es sich weitgehend um die aus der Streitkräftebasis ausgegliederten Komponenten für den Fernmeldeverkehr, strategische Aufklärung und operative Kommunikation. Diese Bausteine gehen bis in die Anfangsjahre der Bundeswehr zurück und man darf kritisch hinterfragen, ob die neu hinzukommende kleine Cyber-Komponente einen sechsten Organisationsbereich rechtfertigt, wo die alte Bundeswehr von einer halben Million Soldaten im Frieden und 1,3 Millionen Soldaten im Kriege mit drei Teilstreitkräften auskommen konnte.

● Die Veröffentlichungen von ministeriellen Entscheidungen erfolgen zu oft mit großen publizistischen Ausschlägen und werden als sensationelle Neubestimmungen präsentiert, obwohl sie planerisch über einen längeren Zeitraum vorbereitet wurden und für Fachleute kein Neuland waren. **Der in diesen Tagen angekündigte Umbau der Bundeswehr in Richtung Landesverteidigung ist schon aus dem Weißbuch von 2016 abzuleiten und Vorgriff auf die lang erwartete Konzeption der Bundeswehr, ein mit reichlicher Verspätung demnächst erscheinendes Planungsdokument.** Dies ist kein Geheimpapier gut informierter Journalisten, sondern war schon in den vom Planungschef Generalleutnant Bühler angedachten Grundzügen im Frühjahr 2014 bekannt geworden. Dieses Konzept beinhaltet keine Aufrüstung, sondern eine Befüllung weitgehend vorhandener Strukturen mit dem zustehenden Gerät. **Es wird keine signifikante Vermehrung von Großverbänden geben.** Die jetzigen Äquivalente von siebeneinhalb Brigaden werden bis 2031 (!) auf acht Brigadeverbände aufgestockt, die allerdings voll einsatzfähig und mit dem erforderlichen Gerät und Bataillonen voll ausgestattet sein sollen. Das Heer verfügt auch jetzt schon über drei Divisionsstäbe, von denen allerdings nur zwei mechanisierte Kräfte führen. Die Zielvorgaben für Luftwaffe und Marine werden nicht in Größenordnungen von Verbänden definiert, sondern in den zu erbringenden Fähigkeiten, d.h. 350 fliegerische Einsätze am Tag bzw. 15 Schiffseinheiten dauerhaft in See.

● Die **Stärkung der Substanz vorhandener Verbände** hat Vorrang vor Neuaufstellungen. Bataillone und Geschwader benötigen nicht nur eine komplette Personal- und Geräteausstattung, sondern auch eine vollständige Grundbeladung an Munition, Betriebsstoff und Ersatzteilen.

● Der angedachte zusätzliche Finanzbedarf für das nächste Jahrzehnt in Höhe eines kompletten Verteidigungsjahresetats ist **Kompensation jahrzehntelanger Unterfinanzierung und keine ambitionierte Aufrüstungspolitik.**

● Dem Steuerzahler sollte transparent gemacht werden, **was und wofür und in welcher Zahl benötigt wird.** Dies wird gern vermieden, weil dabei unvermeidlich Tabuthemen wie Krieg und Gefecht öffentlich erörtert werden müssen. Die **Befähigung zum Kampf** als grundlegende Konstante jedes militärischen Auftrages darf nicht verschwiegen werden!

● **Konkrete Aussagen und Argumente zur notwendigen Truppenstärke und Ausstattung im Rahmen der NATO-Verpflichtungen und unserer Zusagen** sind wichtiger als Debatten um Haushaltszahlen und Prozentanteile des Einzelplans 14.

● Man darf die Tatsache nicht aus den Augen verlieren, dass nicht nur die Finanzen, sondern auch die **Demographie** den angekündigten Trendwenden Grenzen setzen wird. Es ist eine offene Frage, ob jeder 10. Jugendliche eines Jahrgangs für eine Truppe von für 2027 knapp 200.000 anvisierten Soldatinnen und Soldaten geworben werden kann.

● Die Planung muss sich im Augenblick wieder mehr **am Machbaren und Verfügbaren orientieren.** In Planungspapieren und Publikationen ausufernde Visionen von künftigen digitalen Gefechtsszenarien werden unglaubwürdig, wenn die jetzt schon eingesetzten digitalisierten Systeme nicht immer funktionieren (Fregatte 125, Schützenpanzer Puma, A400 M).

- Die Truppe muss wieder über eine **verlässliche Logistik** mit eigenen militärisch oder zivil organisierten Kapazitäten und eigener Expertise verfügen. Abhängigkeiten von fragwürdigen „Just-in-Time“- Versprechungen ziviler Anbieter können im Einsatz fatale Folgen haben. Ausreichende Bevorratung von Ersatzteilen und Mengenverbrauchsgütern bestimmen die Einsatzfähigkeit genauso wie leistungsfähiges Gerät und motivierte Soldaten.

- Die **Zivile Verteidigung** ist nicht nur Katastrophenschutz bei Hochwasser, sondern immer noch Teil der Vorsorge für die Gesamtverteidigung und unvorhersehbare flächendeckende Großschadenslagen in einer Gesellschaft, die von einer Vielzahl von kritischen Infrastrukturen abhängt.

- Heimatschutz, Landesverteidigung und Bündnisverteidigung gehören zusammen. Es sollte keine Sonderstrukturen geben. **Die aktiven Bundeswehrverbände sind personell mit integrierten zusätzlichen Reservisten zu unterlegen**, damit sie in der Verteidigung durchhaltetfähig bleiben, Schutzaufgaben in ihren Standorträumen und mit „Manpower“ subsidiäre Hilfsaufgaben im Katastrophenfall wahrnehmen können. Die territoriale Führungsstruktur sollte sich an die aktiven Stäbe anlehnen und im Spannungsfall aufwachsen können. Eine Verstärkung durch freiwillige Reservisten auf der Basis der in Jahrzehnten bewährten in Kooperation mit dem Reservistenverband durchgeführten Freiwilligen Reservistenarbeit wäre zu prüfen.

- Die mit 120.000 Exemplaren angenommene Stückzahl einer neuen Standardhandfeuerwaffe als Nachfolger des G 36 spiegelt die ungefähre Zahl der Dienstposten, die tatsächlich für den Einsatz zur Verfügung stehen. Es sollte stärker geprüft werden, inwieweit der restliche Personalkörper von ca. 60.000 Soldatinnen und Soldaten als „**interne Reservisten**“ für die Einsatzstrukturen im Ernstfall für die Landesverteidigung verfügbar gemacht werden kann.

- Die Rüstungsbeschaffung sollte man nicht allein den Anbietern des Marktes überlassen**, die durch mehr oder weniger offensive Waffenexportpolitik die Branche und das Ansehen der Sicherheitspolitik beschädigen. Im europäischen Rahmen sind Schlüsselindustrien der Verteidigungswirtschaft staatlich zu fördern und nationale Alleingänge soweit es geht zu bremsen. Beschaffungen in den USA sind kein Tabu, wenn Europa nicht liefern kann oder sich europäische Entwicklungen nicht lohnen. Über das Land verteilte logistische Einrichtungen zur Materialerhaltung könnten in einem gewissen Umfang, den Wegfall von Arbeitsplätzen kompensieren, wenn es gelingt, Rüstungsbeschaffungen von regionalen Wirtschaftsinteressen zu entkoppeln.

- In der Öffentlichkeit wird gern die Vorstellung gepflegt, dass die Truppe nur noch über Schrottmaterial verfügt. Dem Eindruck ist entgegenzuwirken, wenn **Mängel in der Materialerhaltung und -bewirtschaftung** die eigentlichen Ursachen für die mangelnde Einsatzbereitschaft an sich bewährter Systeme sind (Leopard II, Eurofighter).

- Auffallend ist das Schweigen der Politiker zu einer unvermeidlichen, noch ausstehenden Kontroverse über die **Ablösung des Kampfflugzeugs Tornado ab 2025 und die damit zusammenhängende Frage eines künftigen Trägers für die nukleare Teilhabe**, zu der sich die Große Koalition bekannt hat. Der vormalige Luftwaffeninspekteur Müllner hatte mit einem mehr oder weniger deutlichen Votum für das amerikanische Stealth-Kampfflugzeug F 35 Lightning die Diskussion eröffnet, worauf das BMVg mit seiner Option einer Anpassung des Eurofighters an die Aufgaben des Tornado in der Luftangriffsrolle reagierte und Müllner als Inspekteur ablöste! Die F-35 punktet als Flugzeug einer fortgeschrittenen Generation mit einer zur Zeit noch wirksamen Radartarnung und eines komplexen Waffeneinsatzführungssystems und kann zu einer Standardisierung beitragen, da sie zur Zeit in zahlreichen NATO-Staaten eingeführt wird. Der Betrieb der F 35 würde die Abhängigkeit von den USA zementieren. Die F 35 steht wegen zahlreicher Pannen und hoher Kosten unter erheblichem Druck, auch wenn der Anbieter mit sinkenden Beschaffungskosten wirbt. Der Eurofighter ist ein eingeführtes und als Flugzeug bewährtes System, die Anpassung an die Luftangriffsrolle verlief in der Luftwaffe allerdings bisher sehr schleppend und eine Zertifizierung für US-Nuklearwaffen ist äußerst fraglich. Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat sich 2020 für eine gemischte Beschaffung von 90 Eurofightern und 48 F 18 Super

Hornet entschieden, um den Tornado und die erste Tranche älterer Eurofighter abzulösen. Die F 18 beruht auf einem älteren Entwurf, wurde aber ständig als Standardflugzeug der US-Navy modernisiert. Eine Version der F 18 kann auch das Missionsspektrum des Tornado bei der Unterdrückung gegnerischer Flugabwehr fortsetzen. Eine parlamentarische Entscheidung wird aber wohl erst nach den Wahlen erfolgen. Eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag wäre nach dem Linksruck der SPD momentan äußerst fraglich. In ferner Zukunft ab 2040 plant man mit dem deutsch-französischen Kampfflugzeug der Zukunft, was aber die Frage der Zertifizierung auch nicht löst, es sei denn Deutschland setzt künftig auf Teilhabe an der französischen „Force de Frappe“. Deutschland wird vorerst aus der nuklearen Teilhabe in Anlehnung an die Abschreckungsmacht USA nicht aussteigen, weil sie gewisse Mitspracherechte und höhere Sicherheitsgarantien verspricht. Angesichts des Ausbaus des russischen Nuklearpotentials in Europa und dem Ende des INF-Vertrages wäre ein deutscher Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe mit luftgestützten Atomwaffen sicherheitspolitisch und außenpolitisch bedenklich. Um einem unpopulären Flugzeugdeal mit den USA und einer Entscheidung über die nukleare Teilhabe aus dem Wege zu gehen, könnte man vielleicht sogar versucht sein, einige Tornado gegen militärische und wirtschaftliche Vernunft mit Nutzungsdauerverlängerungen über 2030 hinaus doch noch länger in Dienst zu halten. Es ließen sich auch ganz andere Alternativen denken, die aber nicht ausgesprochen werden! Vielleicht wäre eine Kooperation mit den NATO-Partnern Belgien und den Niederlanden ein Weg, die sich für die F 35 entschieden haben und bisher auch in die nukleare Teilhabe eingebunden sind. Deutschland könnte zusätzliche F 35 der Nachbarluftwaffen finanzieren, sich an deren Betrieb beteiligen und auch mit deutschen Piloten besetzen. Die Stationierung von nuklearen Abwurfwaffen auf deutschen Boden bliebe unverändert. Der Einsatz könnte als gemischter Verband europäischer NATO-Partner erfolgen, wie man ihn schon lange bei dem AWACS-Aufklärungssystem praktiziert. Die Piloten und das abgestellte Bodenpersonal unterstünden weiterhin der deutschen Kommandogewalt, der Nuklearwaffeneinsatz wäre ohnehin primär von den USA und der NATO abhängig. Als zweites Standbein wäre sogar eine gleichartige nukleare Kooperation mit Frankreich vorstellbar, wenn Deutschland einige Eurofighter abstellt, die von Frankreich für den Einsatz taktischer Nuklearwaffen zertifiziert würden. An der Verfügungsgewalt des französischen Präsidenten würde sich dabei nichts ändern. Derartige Fragen müssten ohnehin beantwortet werden, wenn das gemeinsame FCAS tatsächlich fliegt und Frankreich auf eine nukleare Rolle nicht verzichten möchte.

- Der Neubewertung der Landes- und Bündnisverteidigung aufgrund der Veränderungen in der russischen Politik hat sich mittlerweile herumgesprochen, dennoch bleiben die Ansichten über die Absichten unseres größten Nachbarn im Osten immer ungewiss und eine Bewertung der Risiken und Potentiale erfolgt nur in Fachkreisen. Dies in öffentlicher Breite zu diskutieren unterbleibt sicher auch deshalb, weil man – verständlicherweise - die Tür für Kooperation und Diplomatie nicht zuschlagen möchte und ein Teil des Wählervolkes Putin deutlich unkritischer sieht. **Der sicherheitspolitisch interessierte Bürger würde schon gern die militärischen Kapazitäten und Optionen Moskaus aus unabhängigen seriösen Quellen kennen und sich nicht nur an der Wahrnehmung Washingtons und Selbstdarstellung russischer Macht in den Medien orientieren.** Vor allem interessiert die Frage, wie man Russlands Stärke angesichts schwacher ökonomischer Daten und niedriger offizielle Zahlen zum russischen Militärhaushalt bewerten soll.

- Die unvermeidliche Fortsetzung der Verteidigungsintegration sollte die NATO als bewährtes Instrument der Kooperation nicht vernachlässigen. Es muss vermieden werden, eine immer noch mit vielen Unbekannten versehene Europäisierung der Verteidigung als Gegenpol zu den USA aufzubauen. Vielmehr sollte ein **starkes Europa in der NATO als Partner der USA mit Worten und Taten** zur Geltung kommen.